

# presse

---

## **Sowjetische Kriegsgefangene: Wiedergutmachung von NS-Unrecht**

Anlässlich der Debatte im Deutschen Bundestag zum Überfall auf die Sowjetunion vor 70 Jahren erklären der Sprecher der Arbeitsgruppe Petitionen der SPD-Bundestagsfraktion Klaus Hagemann und der zuständige Berichterstatter Stefan Schwartze:

Die Debatte um den 70. Jahrestag des Überfalls auf die Sowjetunion hat gezeigt, dass alle Fraktionen des Deutschen Bundestages die sowjetischen Kriegsgefangenen als Opfer des NS-Regimes ansehen. Wir fordern die Koalitionsfraktionen daher auf, die Petition des Vereins KONTAKTE - KOHTAKTbl e.V. gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion zur Berücksichtigung an die Bundesregierung zu überweisen.

Der Überfall auf die Sowjetunion vor 70 Jahren war der Beginn eines beispiellosen Verbrechens gegen die Menschlichkeit. 27 Millionen Menschen fielen dem Terror zum Opfer. Viele Opfergruppen sind nach dem Krieg als Opfer des NS-Regimes durch die Bundesrepublik Deutschland entschädigt worden. Die sowjetischen Kriegsgefangenen jedoch, die besonders unter dem NS-Terror gelitten haben, wurden nicht als Opfergruppe anerkannt.

Von den fast 5,7 Millionen sowjetischen Kriegsgefangenen haben mehr als 60 Prozent den Krieg nicht überlebt. In sogenannten "Russenlagern" und Konzentrationslagern wurden sie als "Angehörige einer minderwertigen Rasse" durch Zwangsarbeit und Mangelernährung systematisch ermordet. Der Verein KONTAKTE - KOHTAKTbl e.V. setzt sich seit Jahren für eine Entschädigung und Anerkennung der sowjetischen Kriegsgefangenen als Opfer des NS-

Regimes ein. In Form einer Petition hat er sich an den Deutschen Bundestag gewandt.

Die SPD-Bundestagsfraktion wird dafür votieren, die Petition zur Berücksichtigung an die Bundesregierung zu überweisen. So besteht die Chance, nach mehr als 70 Jahren ein Zeichen der Aussöhnung zu setzen und den wenigen noch lebenden ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen eine Entschädigung zukommen zu lassen. Wir fordern die CDU/CSU-Bundestagsfraktion auf, ihren Worten in der Debatte Taten folgen zu lassen, indem sie sich diesem Votum anschließt.